

TEXT TEIL B

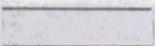
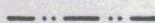
GEMEINSCHAFTSTIEFGARAGE UND GEMEINSCHAFTSSTELLPLÄTZE

- 1.) DIE OK DER GEMEINSCHAFTSTIEFGARAGE FÜR BLOCK A-E DARF NICHT ÜBER DIE HÖHENLAGE DES WESTL. GEHWEGES DER MÜHLENSTRASSE (GEMESSEN IM BEREICH DER TIEFGARAGE) HINAUSRAGEN.
- 2.) DIE GEMEINSCHAFTSTIEFGARAGE FÜR BLOCK A-E IST, BIS AUF DIE STELLPLATZFLÄCHE, AB OK DECKE MIT MIND. 60cm BODEN ZU BEDECKEN UND ZU BEPFLANZEN. UM DIE STELLPLÄTZE IST EINE SICHTSCHUTZBEPFLANZUNG ANZUORDNEN.
- 3.) AUF DER MIT BLOCK C BEZEICHNETEN GRUNDSTÜCKSFÄCHE SIND DIE GEMEINSCHAFTSSTELLPLÄTZE MIT EINER UMLAUFENDEN SICHTSCHUTZBEPFLANZUNG, PERGOLENABDECKUNG UND PALISADENSTÜTZWAND ZU VERSEHEN. DIE STELLPLÄTZE SIND IM MITTEL 1.80m TIEFER ALS OK MÜHLENSTRASSE ANZULEGEN.
- 4.) DIE GEMEINSCHAFTSSTELLPLÄTZE ZWISCHEN BLOCK A UND BLOCK B SIND MIT EINER UMLAUFENDEN SICHTSCHUTZBEPFLANZUNG ZU VERSEHEN. DIE HÖHENLAGE DER STELLPLÄTZE IST GEGENÜBER DEM TERRAIN UM MIND. 50cm ABZUSENKEN.

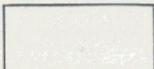
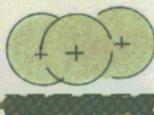
ANSONSTEN BLEIBEN DIE TEXTLICHEN FESTSETZUNGEN DER RECHTSKRÄFTEN 1.ÄNDERUNG DES B.-PLANES NR. 20 A UNVERÄNDERT BESTEHEN.

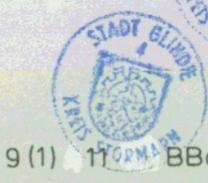
ZEICHENERKLÄRUNG

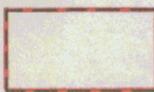
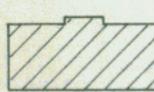
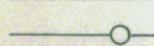
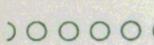
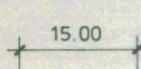
FESTSETZUNGEN

	GRENZE DES RÄUMLICHEN GELTUNGSBEREICHES DER 2. ÄNDERUNG DES BEBAUUNGSPLANES	§ 9 (7)	BBauG.
	<u>ART DER BAULICHEN NUTZUNG</u>	§ 9 (1) 1	BBauG.
WR	REINES WOHNGEBIET	§§ 1-11	BauNVo.
		§ 3	BauNVo.
	<u>MASS DER BAULICHEN NUTZUNG</u>	§ 9 (1) 1	BBauG.
GFZ	GESCHOSSFLÄCHENZAHL		
III/II	ZAHL DER VOLLGESCHOSSE HÖCHSTGRENZE, MINDESTGRENZE		
II	ZAHL DER VOLLGESCHOSSE ZWINGEND		
	<u>BAUWEISE, BAULINIEN, BAUGRENZEN</u>	§ 9 (1) 2	BBauG.
		§§ 22, 23	BauNVo.
g	GESCHLOSSENE BAUWEISE		
	BAULINIE		
	BAUGRENZE		
	ABGRENZUNG UNTERSCHIEDLICHER NUTZUNG SOWIE ABGRENZUNG DES MASSES DER NUTZUNG INNER- HALB DES BAUGEBIETES	§ 16 (5)	BauNVo.



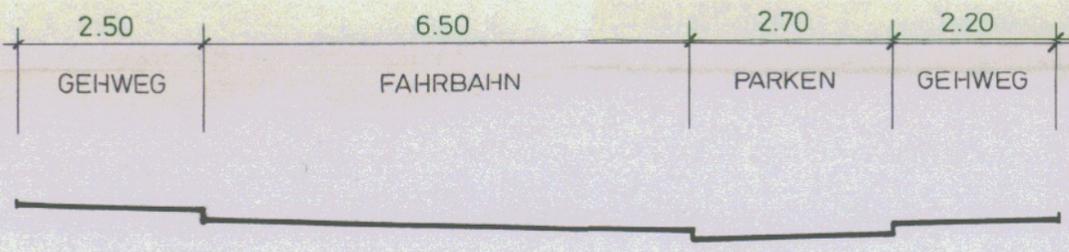
	<u>STRASSENVERKEHRSFLÄCHE</u>	§ 9 (1) 11	BBauG.
	STRASSENBEGRENZUNGSLINIE		
P	ÖFFENTLICHE PARKFLÄCHEN		
	EIN- BZW. AUSFAHRTEN UND ANSCHLUSS ANDERER FLÄCHEN AN DIE VERKEHRSFLÄCHEN	§ 9 (1) 11	BBauG.
	FLÄCHEN FÜR VERSORGUNGSANLAGEN FÜR DIE VERWERTUNG ODER BESEITIGUNG VON ABWASSER UND FESTEN ABFALLSTOFFEN SOWIE FÜR ABLAGERUNGEN	§ 9 (1) 12, 14	BBauG.
	ELEKTRIZITÄT (TRANSFORMATOR)		
	ABFALL		
	<u>GRÜNFLÄCHE, PRIVAT</u> (PARKANLAGE), MIT BINDUNG FÜR ANPFLANZUNG UND ERHALTUNG VON BÄUMEN UND STRÄUCHERN GEM. § 9 (1) 25 a, b BBauG.	§ 9 (1) 15	BBauG.
	SPIELPLATZ, PRIVAT		
	PLANUNGEN, NUTZUNGSREGELUNGEN UND MASS- NAHMEN ZUM SCHUTZE, ZUR PFLEGE UND ZUR ENT- WICKLUNG DER LANDSCHAFT	§ 9 (1) 25 a, b	BBauG.
	FLÄCHE ZUM ANPFLANZEN VON BÄUMEN UND SICHTSCHUTZBEPFLANZUNGEN SOWIE DEREN ERHALTUNG	§ 9 (1) 25 a, b	BBauG.
	VORHANDENE UND ZU ERHALTENDE BÄUME	§ 9 (1) 25 a, b	BBauG.



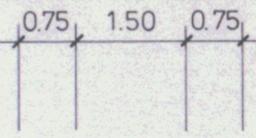
	UMGRENZUNG VON FLÄCHEN FÜR NEBENANLAGEN, STELLPLÄTZE, GARAGEN UND GEMEINSCHAFTS- ANLAGEN	§ 9 (1) 22	BBauG.
GST	GEMEINSCHAFTSSTELLPLÄTZE		
TiefGGa	GEMEINSCHAFTSTIEFGARAGEN		
	GRENZE DES RÄUMLICHEN GELTUNGSBEREICHES DES BEBAUUNGSPLANES	§ 9 (7)	BBauG.
	<u>DARSTELLUNG OHNE NORMCHARAKTER</u>		
	VORHANDENES GEBÄUDE		
	FLURSTÜCKSGRENZE		
$\frac{43}{4}$	FLURSTÜCKSNUMMER		
	GEHWEGÜBERFAHRT		
	WANDERWEG		
	MASSANGABE		

STRASSENPROFILE M. 1:100

MÜHLENSTRASSE, SCHNITT A...A



WANDERWEG



Aufgrund des § 10 des Bundesbaugesetzes (BBauG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. August 1976 (BGBl. I S. 2256), zuletzt geändert durch Gesetz vom 6. Juli 1979 (BGBl. I S. 949) und § 82 der Landesbauordnung vom 24.02.1983 (GVO Bl. Schl.-H. S. 86) wird nach Beschlußfassung durch die Stadtvertretung Glinde vom ~~23.11.1984~~ folgende Satzung über den Bebauungsplan Nr. 20 A 2. Änderung für das Gebiet "zwischen Mühlenstraße im Osten und Mühlenteichgelände im Westen, Flurstücke 43/3, 43/4, 43/5, 43/6 u. 43/7", bestehend aus der Planungszeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), erlassen:

Verfahrensvermerke:

Aufgestellt aufgrund des Aufstellungsbeschlusses der Stadtvertretung vom 19.02.1982

Die ortsübliche Bekanntmachung des Aufstellungsbeschlusses ist durch amtliche Bekanntmachung in der Bergedorfer Zeitung am 01.03.1982 erfolgt.

Glinde, den 4.12.1984 Stadt Glinde
Dienstsiegel



[Signature]
Bürgermeister

Die frühzeitige Bürgerbeteiligung nach § 2 a Abs. 2 BBauG 1976/1979 ist in der Zeit vom 02.03.1982 bis 02.04.1982 als öffentliche Darlegung und Anhörung durchgeführt worden.

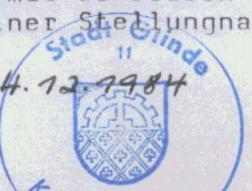
Glinde, den 4.12.1984 Stadt Glinde
Dienstsiegel



[Signature]
Bürgermeister

Die von der Planung berührten Träger öffentlicher Belange sind mit Schreiben vom 20.12.1983 zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert worden.

Glinde, den 4.12.1984 Stadt Glinde
Dienstsiegel



[Signature]
Bürgermeister

Die Stadtvertretung hat am 14.06.1984 den Entwurf des Bebauungsplanes mit Begründung beschlossen und zur Auslegung bestimmt.

Glinde, den 4.12.1984 Stadt Glinde
Dienstsiegel



[Signature]
Bürgermeister

Der Entwurf des Bebauungsplanes, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), sowie die Begründung haben in der Zeit vom 06.08.1984 bis zum 06.09.1984 vom bis zum während der Dienststunden öffentlich ausgelegt. Die öffentliche Auslegung ist mit dem Hinweis, daß Bedenken und Anregungen während der Auslegungsfrist von jedermann schriftlich oder zu Protokoll geltend gemacht werden können, am 24.07.1984, am am in der "Bergedorfer Zeitung" ortsüblich bekanntgemacht worden.

Glinde, den 4.12.1984 Stadt Glinde
Dienstsiegel



[Signature]
Bürgermeister

Der katastermäßige Bestand am 23. DKT. 1984... sowie die geometrischen Festlegungen der neuen städtebaulichen Planung werden als richtig bescheinigt.

Reg. Verm. Direktor
Oberreg. Vermessungsrat

~~Die Stadtvertretung hat über die vorgebrachten Bedenken und Anregungen sowie über die Stellungnahmen am am am entschieden. Das Ergebnis ist mitgeteilt worden.~~

Glinde, den Stadt Glinde
Dienstsiegel

Der Bebauungsplan, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B) wurde am 23.11.1984 von der Stadtvertretung als Satzung beschlossen. Die Begründung zum Bebauungsplan wurde mit Beschluß der Stadtvertretung vom 23.11.1984 gebilligt.

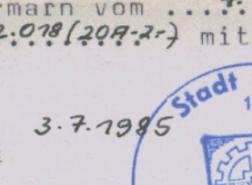
Glinde, den 4.12.1984 Stadt Glinde
Dienstsiegel



[Signature]
Bürgermeister

Die Genehmigung dieser Bebauungsplansatzung, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), wurde mit Verfügung des Landrats des Kreises Stormarn vom 4. März 1985 Az.: 67/127-62.018 (209-2-) mit Auflagen und Hinweisen erteilt.

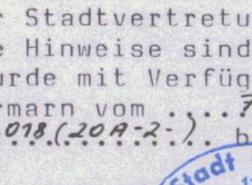
Glinde, den 3.7.1985 Stadt Glinde
Dienstsiegel



[Signature]
Bürgermeister

Die Auflagen wurden durch den satzungsändernden Beschluß der Stadtvertretung vom 23.5.1985 erfüllt, die Hinweise sind beachtet. Die Auflagen-erfüllung wurde mit Verfügung des Landrats des Kreises Stormarn vom 7.6.1985 Az.: 67/127-62.018 (209-2-) bestätigt.

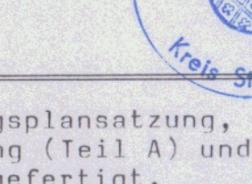
Glinde, den 3.7.1985 Stadt Glinde
Dienstsiegel



[Signature]
Bürgermeister

Die Bebauungsplansatzung, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B) wird hiermit ausgefertigt.

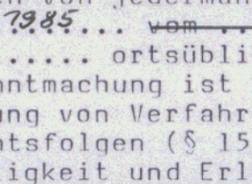
Glinde, den 3.7.1985 Stadt Glinde
Dienstsiegel



[Signature]
Bürgermeister

Die Genehmigung des Bebauungsplanes sowie die Stelle, bei der der Plan auf Dauer während der Dienststunden von jedermann eingesehen werden kann, sind am 1.7.1985 vom bis zum ortsüblich bekanntgemacht worden. In der Bekanntmachung ist auf die Geltendmachung der Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften und die Rechtsfolgen (§ 155 a Abs. 4 BBau) sowie auf die Fälligkeit und Erlöschen von Entschädigungsansprüchen (§ 44 c BBauG) hingewiesen worden. Die Satzung ist mithin am 2.7.1985 rechtsverbindlich geworden.

Glinde, den 3.7.1985 Stadt Glinde
Dienstsiegel



[Signature]
Bürgermeister

B. - PLAN NR. 20 A 2. ÄNDERUNG

AUFGESTELLT : STADT GLINDE 1. DEZ. 1983
GEÄNDERT : 2. APRIL 1984

SATZUNG DER STADT GLINDE ÜBER DIE 2. ÄNDERUNG DES BEBAUUNGSPLANES NR. 20 A

GEBIET: ZWISCHEN MÜHLENSTRASSE IM OSTEN UND MÜHLENTEICHGELÄNDE IM WESTEN, FLURSTÜCKE 43/3, 43/4, 43/5, 43/6 UND 43/7